

GROSSDEMONSTRATION MIT PRESSE- UND POLITIKERGESPRÄCHEN AM 27. MAI 2020

Ein eindrucksvoller Aktionstag in Berlin



bdo-Präsident Karl Hülsmann sprach mit Staatssekretär Thomas Bareiß über die fehlenden Hilfen für Busunternehmen



Auch der FDP-Verkehrsexperte Oliver Luksic wollte sich über die Lage im Busgewerbe informieren



Zahlreiche Verkehrspolitiker, wie etwa Michael Donth und Cem Özdemir, suchten den Austausch mit der bdo-Spitze

In Gefahr sind 240.000 Jobs. Denn die direkt und indirekt mit der Bustouristik verbundenen Arbeitsplätze drohen mit den Unternehmen der Branche in Folge der Corona-Krise verloren zu gehen. Um auf diese dramatische Gefahr für Wirtschaft und Mobilität hinzuweisen, gingen Busreiseveranstalter aus ganz Deutschland am 27. Mai 2020 auf die Straße. Rund 800 Reisebusse waren als Korso hupend durch Berlin sowie sechs weitere Städte gerollt, um für die Zukunft des klimafreundlichen Tourismus zu kämpfen.

Allein in Berlin waren mehr als 300 Busse unterwegs. Deutlich mehr wollten kommen, mussten aber aufgrund geltender Vorschriften in Berlin verzichten. Ebenfalls zahlreich erschienen waren Politiker und Medienvertreter. Mit Berichten unter anderen in der Tagesschau und den

Fernsehnachrichten von RTL und Sat1 sowie Meldungen in den großen Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen konnte große Aufmerksamkeit erzielt werden. Von Seiten der Politik war unter anderem zum Gespräch zu Gast Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Tourismusbeauftragter der Bundesregierung. Auch Cem Özdemir, der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, suchte den Austausch mit bdo-Präsident Karl Hülsmann. Weitere Abgeordnete vor Ort waren Michael Donth, Hinteregger, Klaus Lehrieder sowie Oliver Luksic und Christian Jung.

Die Botschaft der Busbranche an diesem Tag war klar: Im Zuge der Corona-Pandemie wurde der Reisebusverkehr komplett stillgelegt, was Unternehmen 2,3 Millionen Euro pro Tag kostet.

Die finanziellen Hilfen in diese Ausnahmesituation reichen in keiner Weise aus, um die enormen Belastungen aufzufangen. Mit deutlichen Slogans auf den Bussen haben deshalb die Demonstranten auch die Bedeutung des Gewerbes für das gesellschaftliche Leben in den Vordergrund gerückt.

„**Bundestag ohne Reisebus** ist wie Parlament ohne Besucher!“ stand auf dutzenden Fahrzeugen, die um das Berliner Regierungsviertel kreisten. Die dort arbeitenden Abgeordneten konnten beim Blick auf diesen Korso auch Botschaften wie „Kultur ohne Reisebus ist wie Künstler ohne Publikum!“ oder „Klimaschutz ohne Reisebus ist wie Klima ohne Schutz!“ lesen. Auch in Düsseldorf, Kiel, Mainz, Stuttgart und Wiesbaden (siehe Bericht auf Seite 21) beteiligten sich Busunternehmerinnen und Busunternehmen an diesem bundesweiten Aktionstag, der von den Branchenverbänden organisiert wurde.

Karl Hülsmann, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer (bdo), verwies auf die wirtschaftliche Bedeutung der Bustouristik, die jährlich einen Bruttoumsatz von rund 14,3 Milliarden Euro erwirtschaftet. „Der

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25

10117 Berlin

Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00

Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00

Internet: www.bdo.org

E-Mail: info@bdo.org

V.i.S.d.P. Christian Wahl

Redaktion Christian Wahl

staatlich verordnete Stillstand der Reisebusse kostet täglich 2,3 Millionen Euro“, stellt Hülsmann fest. „Das mittelständische Busgewerbe benötigt daher dringend passgenaue Soforthilfen und keine Kredite. Die Branche kann nicht länger auf versprochene Hilfen warten! Die Politik muss jetzt handeln, bevor es zu spät ist.“

Die zweite zentrale Forderung der Verbände zielte auf einen Neustart nach national und international einheitlichen Regeln. Denn auch der Flickenteppich von verschiedenen Lockerungsregelungen für die Reisebusbranche ist eine Zumutung für die Unternehmen und Verbraucher.

Die Notwendigkeit wirksamer Hilfsprogramme für die Busbranche liegt dabei auch in deren Relevanz für das gesellschaftliche Leben. Der Reisebus ermöglicht breiten Bevölkerungsschichten nicht nur vielseitige Urlaubserlebnisse, sondern auch die Teilhabe an Bildung sowie an kulturellen und sportlichen Events. All das bietet der Bus mit den geringsten Emissionen von Treibhausgasen aller motorisierten Verkehrsmittel. Der

Gut 300 Busse waren am 27. Mai nach Berlin gekommen, um auf die dramatische Lage der Branche hinzuweisen



Reisebus schneidet schließlich in der Ökobilanz sogar noch besser als die Bahn ab, was den Beitrag mittelständischer Busunternehmen für einen nachhaltigen Tourismus belegt. Das macht

klar: Wenn die Bundesregierung ihre eigenen Zielvorgaben zum Klimaschutz noch ernst nimmt, darf sie dem Untergang der Bustouristik jetzt nicht tatenlos zusehen.

VERANSTALTUNGEN IN DÜSSELDORF, DRESDEN, KIEL, MAINZ, STUTTART UND WIESBADEN

Starke Demonstrationen in ganz Deutschland

Nicht nur in der Hauptstadt war was los. Im Gegenteil. Beim bundesweiten Aktionstag zur Rettung der Busunternehmen konnten der bdo und seine Landesverbände erfolgreiche Großveranstaltungen auch in sechs weiteren Städten auf den Weg bringen. Die Aufmerksamkeit der Landespolitik war den Demonstrierenden dabei jedes Mal gewiss. In Dresden nahm sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer die Zeit, mit den Busunter-

nehmern und ihren Verbandsvertretern zu diskutieren. In den anderen Städten nahmen sich die Landesverkehrsminister der Sorgen der stark von der Corona-Pandemie betroffenen Branche an. Es waren starke Zeichen der Unternehmen, die mit den Demos gesetzt wurden. Es ist bedauerlich, dass diese Notrufe notwendig sind. In Düsseldorf war es im wahrsten Sinne des Wortes ein SOS, das die Busse als Wort formten. Dieser Ausruf muss Gehör finden.



In Stuttgart diskutierte Verkehrsminister Winfried Herrmann mit den Vertretern der Busbranche



Ministerpräsident Michael Kretschmer hörte sich die Sorgen der Busunternehmen an



Busse formen in Düsseldorf einen eindrucksvollen Hilferuf

© bdo (o.), WBO (M.), Christoph Springer (u.l.), NWO (u.r.)

KONJUNKTURPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG VOLLKOMMEN UNZUREICHEND

Weitere Demonstrationen sind notwendig



Auch bei der zweiten Bus-Demo in Berlin werden die Fahrzeuge wieder das Stadtzentrum belegen



Mit dem zweiten Aktionstag soll an das herausragende Medienecho der ersten Demonstration engknüpft werden

Viel war im Vorlauf über das Konjunkturpaket der Koalition diskutiert worden. Nach der Durchsicht der Verhandlungsergebnisse wurde am 4. Juni schnell klar: Die Busbranche bewertet die Beschlüsse der Bundesregierung zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie als absolut ungenügend. „So geht es nicht“, lautete das Fazit von Seiten des bdo. Auch gesunde Busunternehmen können ein dreimonatiges Komplettverbot von Busreisen sowie langfristige Einschränkungen in der Hauptsaison nicht mit den minimalen Hilfen des Bundes überstehen. Gemeinsam kündigten der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) und seine Landesverbände sowie die Gütegemeinschaft Buskomfort (gbk) und der RDA Interna-

tionaler Bustouristik Verband daher eine weitere Großdemo im Rahmen des zweiten Aktionstags am 17. Juni an.

Die Busbranche hatte zuvor das vermeintliche Hilfsprogramm der Bundesregierung deutlich als vollkommen unzureichend für die Rettung der Busunternehmen kritisiert. Die vorgesehenen Überbrückungshilfen wurden zu niedrig und zeitlich zu kurz angesetzt, um das Fortbestehen der Betriebe zu sichern. Zudem ließ die Bundesregierung die massiven Schäden des bisherigen Fahrverbots seit dem 17. März vollkommen außer Acht. Aufgrund der hohen Vorhaltekosten für die umweltfreundlichen modernen Busflotten ist eine echte Entschädigung für das Überleben tausender Busunternehmen unver-

zichtbar. Dafür vom Bundesverkehrsministerium vorgesehene Mittel wurden aber in den Beschlüssen von Union und SPD nicht aufgegriffen. Als Reaktion auf das Ausbleiben effektiver Rettungsmaßnahmen im vorgeschlagenen Konjunkturpaket kündigte der bdo mit seinen Landesverbänden daher eine weitere Bus-Demonstration mit Kundgebung am 17. Juni in Berlin an. Ebenfalls angestoßen wurde von der Busbranche eine Klage auf Schadensersatz für die Folgen des Fahrverbots für Reisebusse, die als einziges Verkehrsmittel am 17. März mit einer solchen Komplettsperrung belegt wurden.

Die Verbände forderten und fordern die auf Basis der Vorhaltekosten errechneten 170 Millionen Euro zum Ausgleich der Schäden des Verbots für den Zeitraum von Mitte März bis Ende Mai. Zudem müssen einheitliche Bedingungen für den Reisebusverkehr in ganz Deutschland und damit eine Gleichbehandlung mit den anderen Verkehrsmitteln Flugzeug und Zug kommen. Die sogenannten „Überbrückungshilfen“ müssen zeitlich deutlich ausgeweitet werden, da drei Monate für eine Branche mit langer Vorlaufzeit und massiven Beeinträchtigungen viel zu kurz angesetzt sind. Auch die Höhenbegrenzung der Mittel für kleine und mittlere Unternehmen ist willkürlich und muss ersatzlos gestrichen werden, da bei den hohen laufenden Kosten die Gelder für die mittelständischen Busunternehmen nicht ausreichend sind, um das Fortbestehen zu sichern.

Zum Protest gegen die fehlenden Rettungsmaßnahmen zum Schutz der mittelständischen Busunternehmen sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard am 5. Juni in Berlin: „Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist nicht geeignet, die Busunternehmen in Deutschland vor dem Aus zu bewahren. Wenn jetzt nicht schnell echte Hilfe kommt, gehen in der Bustouristik reihenweise die Lichter aus. Das würde die gesamte Struktur im öffentlichen Personenverkehr massiv schädigen. Schülerverkehr, Vereinsfahrten, Kultur-Events, Klassenreisen, Schienenersatzverkehr und nicht zuletzt auch die Mobilität im ländlichen Raum – all das steht jetzt auf dem Spiel. Das werden wir am 17. Juni in Berlin noch einmal mit einer Demo in die Öffentlichkeit tragen. Wir als Busbranche brauchen jetzt Hilfen für die erlittenen Schäden und die noch lange anhaltenden Folgen der Corona-Pandemie.“

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Omnibusrevue standen noch keine Informationen zur Demonstration am 17. Juni fest. Alles Weitere zum neuerlichen Buskorso in Berlin lesen Sie daher in der nächsten Ausgabe.

KONJUNKTURPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG MIT POSITIVEN SIGNALEN FÜR DEN NAHVERKEHR

Der ÖPNV-Rettungsschirm wurde erreicht

Wenig Licht und viel Schatten. So lautete das Fazit des bdo in Hinblick auf das lange erwartete Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Der Schatten bleibt dabei düster über der Zukunft der Reisebusunternehmen hängen, denen keine auch nur ansatzweise ausreichende Hilfe zugesprochen wurde. Licht brachte hingegen das Bekenntnis des Bundes zum ÖPNV-Rettungsschirm. Der Bund will 2,5 Milliarden für die Rettung des Nahverkehrs in die Hand nehmen. Die Länder sollen insgesamt noch einmal die gleiche Summe beisteuern.

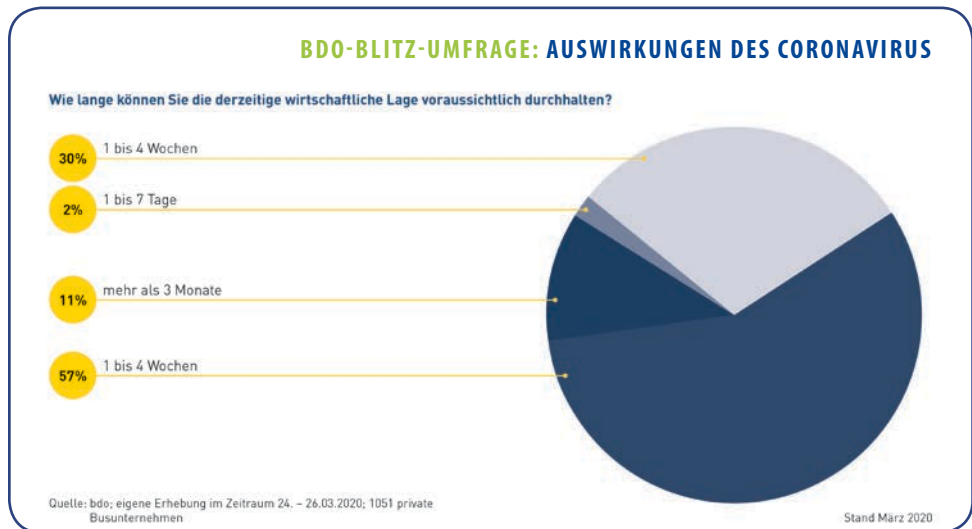
In einem ersten Statement im Daily Update des bdo vom 4. Juni sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard wenige Stunden nach Bekanntwerden des Programms: „Positiv sehe ich den auf den Weg gebrachten ÖPNV-Rettungsschirm. Auch hierfür haben wir in den letzten Monaten hart in allen Gremien gekämpft. Die Bundesregierung folgt den Linien, die der bdo gemeinsam mit seinen Landesverbänden und dem VDV entworfen hat.“

Diesem Erfolg ging ein langer Weg voraus. Bereits kurz nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa waren die Folgen für die ÖPNV-Unternehmen absehbar. bdo und VDV konzipierten gemeinsam frühzeitig, wie eine Rettung des Nahverkehrs aussehen kann und muss. Anfang Mai richteten sich die Verbände bdo, VDV, BAG SPNV und mofair mit einem gemeinsamen Finanzierungsvorschlag an die Politik. Mit Erfolg.



„Diese Politik steuert direkt auf Unternehmensaufgaben und Insolvenzen zu“, sagt bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zur freiwilligen Gutscheinelösung

Gut zweieinhalb Monate nach Beginn der Corona-Pandemie in Europa – und damit sehr spät – präsentierte die Bundesregierung am 20. Mai ein unzulängliches Konzept für die Rückerstattung von Anzahlungen für stor-



Ein Schutzschirm muss her: Bereits in der bdo-Umfrage Ende März zeigte sich die massive Bedrohung der Busbranche durch das Coronavirus

Mitte Mai brachten die Verkehrsminister der Bundesländer gemeinsam einen Vorschlag für einen solchen ÖPNV-Rettungsschirm in Höhe von mindestens fünf Milliarden Euro hervor. Der bdo begrüßte diesen Schritt ausdrücklich. bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard sagte dazu: „Das eindeutige Votum der Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister der Länder für einen ÖPNV-Rettungsschirm ist ein wichtiger Schritt hin zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs.“

Mit der Entscheidung des Bundes, seinen Anteil von 2.5 Milliarden Euro für den ÖPNV aufzubringen, wurde Anfang Juni ein guter Schritt gemacht. Nun bleibt kritisch zu begleiten, wie die genaue Ausgestaltung des ÖPNV-Rettungsschirms aussieht, damit die Mittel auch fair und gerecht bei den privaten Busunternehmen vor Ort ankommen. Hier standen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch keine Details fest. So gilt trotz der erfreulichen Entwicklung, was Christiane Leonard ebenfalls am 4. Juni im Daily Update formulierte: „Es bleibt aber viel zu tun.“

KEIN WIRKSAMER SCHUTZ FÜR BUSTOURISTIK

Freiwillige Gutscheinelösung ist eine Scheinlösung

nierte Reisen. Mit der sogenannten „freiwilligen Gutscheinelösung“ werden Unternehmen weiterhin von Insolvenzen bedroht. Die massiv von der Corona-Krise betroffene Bustouristik erhielt damit einen weiteren Rückschlag statt wirksamer Hilfen.

Das vorgelegte Konzept brachte inhaltlich weder eine Neuerung noch irgendeine Form von Verbesserung für die akut in Existenznot befindlichen Bustouristikunternehmen. Statt wirkliche Lösungen anzubieten, um den bedeutsamen Wirtschaftsfaktor Tourismus und die Beschäftigten zu schützen, wurde der Status Quo einfach nur noch einmal neu aufgetischt. Als einziger positiver Punkt im Gesetzesentwurf war zu nennen, dass nun eine staatliche Garantie bis zum vollen Reisewert vorgesehen ist, für den Fall, dass die Insolvenzversicherung des Anbieters nicht ausreicht.

bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard sagte zum Konzept der Bundesregierung: „Es ist ausdrücklich keine Lösung, was die Bundesregierung heute vorgestellt hat. Vielmehr wird einfach nur etwas Selbstverständliches noch einmal neu in blumige Worte gefasst. Natürlich können Kundinnen und Kunden freiwillig Gutscheine akzeptieren. Die Möglichkeit bildet aber keine Grundlage für die Unternehmen der Reisebranche, denen weiterhin massiv Geld durch Stornierungen abgezogen wird. Diese Politik steuert direkt auf Unternehmensaufgaben und Insolvenzen zu. Wir sind sehr enttäuscht, dass auch nach mehr als zwei Monaten Corona-Pandemie und Nullumsätzen in der Touristikbranche von Seiten der Bundesregierung die dramatische Lage der Unternehmen ignoriert wird. Mit dem Ausbleiben einer echten Lösung sind Arbeitsplatzverluste vorprogrammiert.“